

Eckpunkte zur Präsentation der INSM-Studie „Aufschwung 2007 – Reformen lohnen sich!“

Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zeigt: Reformen in Politik und Unternehmen haben sich gelohnt.

Das IW-Gutachten analysiert die Frage: Worauf gründet der aktuelle Aufschwung in Deutschland? Und: Welchen Anteil hat die Politik daran? Zwei Drittel des Aufschwungs gehen auf das Konto der boomenden Weltkonjunktur, sowie auf erfolgreiche Restrukturierungen der Unternehmen und die mehrjährige Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer. **Zu einem Drittel sind nach Analyse der IW-Ökonomen wirtschaftspolitische Reformen für den Aufschwung verantwortlich.**

Vor allem die im Jahr 2003 eingeleiteten Arbeitsmarktreformen haben den Wachstumsmotor angetrieben, so das Fazit der Ökonomen, die ihr Gutachten auf Basis eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erstellt haben.

Der Anteil der Politik am Aufschwung setzt sich mit abnehmender Wichtigkeit aus folgenden politischen Maßnahmen zusammen:

- die Arbeitslosigkeit ist gesunken – eine Folge von arbeitsmarktpolitischen Reformen wie der Lockerung des Kündigungsschutzes, der Hartz-Gesetze und der kürzeren Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.
- Steuersenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ermunterten die Unternehmen zu mehr Investitionen.
- Schließlich hat auch der Anteil der staatlichen Investitionen am BIP - nach längerem Stillstand wieder zugenommen – wenn auch auf niedrigem Niveau.
- Hingegen neutralisierten sich die staatliche Haushalts- und Abgabepolitik. Während von der Haushaltskonsolidierung Wachstums fördernde Effekte ausgingen, dämpfte vor allem die Mehrwertsteuererhöhung das Wirtschaftswachstum.

Der aktuelle Aufschwung wurde im Jahr 2003 durch die Agenda 2010 eingeleitet.

Die damalige rot-grüne Bundesregierung punktete vor allem arbeitsmarkt- und rentenpolitisch. Die Regierung Schröder schuf neue Möglichkeiten zur Aufnahme von Beschäftigung: So wurden die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme eines neuen Jobs verschärft, aber auch Chancen geschaffen, eine neue Stelle zu finden – z. B. durch die Erleichterung befristeter Beschäftigung für Ältere. Neue Anreize zur Jobsuche setzte Rot-Grün auch über die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld. Die Gesetzliche Krankenversicherung wurde von versicherungsfremden Leistungen entlastet. Zudem wurde die Praxisgebühr für Arztbesuche eingeführt. Darüber hinaus senkte die Regierung die Einkommenssteuer vorzeitig, führte die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften ein. Zur Eindämmung von Beitragssteigerungen in der Rentenversicherung ergänzte die Bundesregierung die Rentenanpassungsformel um den Nachhaltigkeitsfaktor.

Die Große Koalition hat sich die „Politik der kleinen Schritte“ auf die Fahnen geschrieben. Das Reformtempo seit der Bundestagswahl ist dementsprechend nicht mehr so dynamisch. Dennoch hat auch die Große Koalition zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beigetragen. Dazu zählen die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die Unternehmenssteuerreform und die Föderalismusreform. Dem stehen allerdings auch Fehlentscheidungen gegenüber, die die Bilanz von Merkel und Müntefering trüben – genannt seien hier die Gesundheitsreform oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Negativ werden sich auch die Koalitionspläne für eine Kosten treibende Pflegereform und zur Einführung von Mindestlöhnen auswirken.

Fazit: Das aktuelle Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt, dass die Wirtschaftspolitik im eigenen Land auch in einer globalen Wirtschaft erhebliche Auswirkungen auf den Wachstumspfad hat. Daraus ergibt sich aber auch die weitere Notwendigkeit zum Handeln im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland,

Noch immer sind keine zukunftsfesten Lösungen für drei Hauptproblemfelder in Deutschland gefunden:

- Die Langzeitarbeitslosigkeit,
- der demografische Wandel
- und die Staatsverschuldung.

Auf Basis des am 12.9.2007 vorgestellten IW-Gutachtens wenden sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und die beteiligten Ökonomen mit folgenden Forderungen für eine zweite Halbzeit der Großen Koalition an die Öffentlichkeit:

Die Große Koalition sollte falsche Weichenstellungen vermeiden:

Dazu gehören zum Beispiel kostspielige und weitgehend ineffiziente Programme wie Eingliederungszuschüsse für ältere Arbeitnehmer und schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose ab 18 Jahren und Mindestlöhne, die vor allem gering Qualifizierten den Eintritt in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschweren werden.

Die demografische Entwicklung droht zu einem gravierenden Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt zu führen, der wachstumshemmend wirkt. Deshalb muss die Zuwanderung von Fachkräften erleichtert werden. Ausländische Absolventen vor allem im Ingenieurwesen müssen sich unbefristet in Deutschland niederlassen können.

Die Erbschaftsteuer muss nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes bis Ende 2008 reformiert werden. Das Gutachten empfiehlt, die Erbschaftssteuer ganz abzuschaffen und damit dem Beispiel von Ländern wie Schweden und Luxemburg zu folgen. Die Abschaffung würde das Investitionsklima verbessern.

Zur Entlastung von Unternehmen und Arbeitnehmern sollte der Solidaritätszuschlag über eine Frist von drei Jahren hinweg abgeschafft werden. Das sollte angesichts der aktuellen Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte verkraftbar sein. Außerdem muss auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte weiter konsolidiert werden. Hier gibt es noch erhebliche Spielräume für eine Gegenfinanzierung. Vor Begehrlichkeiten im Sinne neuer staatlicher Ausgabenprogramme wird gewarnt.

Die Bundesregierung sollte zudem auf die in Eckpunkten skizzierte Pflegereform verzichten und stattdessen ein System der Kapitaldeckung einführen, damit die Pflege vom Arbeitsverhältnis entkoppelt wird.

Sie sollte auf den Gesundheitsfonds und den einheitlichen gesetzlichen Krankenkassenbeitrag verzichten und stattdessen mehr Markt sowie mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen zulassen.

Ebenso wenig darf die öffentliche Hand Haushaltslöcher aus Beitragsüberschüssen der Bundesanstalt für Arbeit stopfen. Diese Mehreinnahmen der BA müssen den Beitragszahlern – Unternehmen und Arbeitnehmern – in Form von Beitragssenkungen zurückgegeben werden, damit die Arbeitskosten sinken und noch mehr Investitionen und neue Beschäftigung möglich werden. Eine Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung auf 3,2 statt nur 3,9 Prozent ist möglich.

Schließlich muss beim Bürokratieabbau das Tempo erhöht werden.

